

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer-Tageblattes
und für den Anzeiger für das Erzgebirge
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Verlagsort: Auerbach Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer-Tageblattes
und für den Anzeiger für das Erzgebirge
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Verlagsort: Auerbach Nr. 22.

Telegraphische: Erzgebirge Auerbach Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 123

Sonnabend, den 28. Mai 1927

22. Jahrgang

England wagt den Sprung ins Dunkle.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland.

London, 26. Mai. Im Unterhause brachte der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Clynes, heute den Antrag seiner Partei ein, der vor dem Abbruch der Beziehungen mit Rußland eine Untersuchung der gesamten Frage fordert. Clynes erklärte, die Behauptungen der Regierung über das Verschulden Rußlands müßten bewiesen werden.

Chamberlain führte in seiner Entgegnung aus, der legitime Handel mit Rußland werde nicht unterbrochen werden, jedoch würden russische Staatsangehörige sich künftig keiner besonderen Vorrechte erfreuen und könnten keine rechtswidrige Tätigkeit entfalten. Die Regierung könne den Antrag Clynes, der ein Mißtrauensvotum bedeute, nicht annehmen; sie wünsche den klaren Ausdruck des Vertrauens und der Billigung. Wenn sie den nicht erhalte, werde sie wissen, was sie zu tun habe. Chamberlain erklärte weiter, die Bedingungen unter denen das Handelsabkommen unterzeichnet wurde, seien systematisch und dauernd von der anderen Partei gebrochen worden. Es sei kein Wort wahr an der Behauptung, daß er in Rom und Genf versucht habe, einen antibolschewistischen Verband zu bilden.

Die britische Regierung denke nicht daran, einen antibolschewistischen Feldzug einzuleiten.

Chamberlain schloß, die britische Regierung habe während der zweieinhalb Jahre, in denen sie im Amt war, ihre Politik des Friedens in jedem Teile der Welt verfolgt und habe mit allen zusammengewirkt, die mit ihr zusammenwirken wollten. Nur eine Regierung habe sich geweigert, mitzuwirken, sie habe versucht, dieses Werk der Versöhnung und der Befriedung zu verhindern. Die Sowjetregierung habe sich unverbesserlich gezeigt. Rücksicht sei bis zu einem Punkte getrieben worden, wo ihre Fortsetzung Schwäche sein würde. Die britische Regierung werde nicht länger die Verantwortung übernehmen, diplomatische Beziehungen aufrechtzuerhalten, die, so geführt und mißbraucht, nicht ein Werkzeug des Friedens seien, sondern ein Grund neuer und dauernder Erregung. (Beifall auf der Regierungsseite.)

Lloyd George warnt.

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte erklärte nach Chamberlain Lloyd George: Ich muß offen zugeben, daß die Sowjetregierung nicht ehrlich gehandelt hat. Ich sehe ein, daß es für die britische Regierung nicht möglich ist, alles Beweismaterial, was in ihre Hände gelangt ist, preiszugeben. Meiner Ansicht nach ist es gerechtfertigt, daß die Regierung eine Aktion unternommen hat, es ist aber sehr bedauerlich, daß die Außenpolitik in England in dem wichtigsten diplomatischen Beziehungen ist der ernsteste Schritt, der in England unternommen worden ist. Er ist eines der riskantesten Dinge, die je von einer Regierung ohne Überlegung unternommen wurden in einer Zeit, wo die Lage sich zweifellos besserte. Bevor sie diesen endgültigen Schritt unternahm, hätte die Regierung einen oder zwei Schritte vor einem vollständigen Bruch der Beziehungen tun müssen. Die Wirkung wird sicher die Verdoppelung und Verschärfung der Propaganda sein. Wie denkt sich die Regierung die Wiederaufnahme der Beziehungen? Die Regierung hat in ein unruhiges Europa diesen Bankrott geworfen, es ist ein Sprung ins Dunkle und in einen Strudel.

Mit 357 gegen 111 Stimmen.

Der Antrag der Arbeiterpartei, in dem der Abbruch der Beziehungen zu Rußland bedauert und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der bei der Arkos gefundenen Schriftstücke gefordert wird, wurde mit 367 gegen 118 Stimmen abgelehnt. — Der Antrag der Konservativen, in dem die Entscheidung der Regierung, die Beziehungen zur Sowjetregierung abzubauen, gebilligt wird, wurde mit 357 gegen 111 Stimmen angenommen.

Eine Erklärung des Londoner Sowjet-Geschäftsträgers.

London, 25. Mai. Der ständige Sowjet-Geschäftsträger veröffentlichte eine längere Erklärung, in der allen gestrigen Anschuldigungen Baldwin's widersprochen und behauptet wird, daß die vom Premierminister veröffentlichten Dokumente Fälschungen seien. Außerdem wird erklärt, daß ein Sowjetangehöriger, der bolschewistische Propaganda betrieben haben würde, an-

lassen worden wäre, sobald man dies entdeckt hätte. Die Erklärung bezeichnet den Wunsch der britischen konservativen Regierung, Sowjetrußland zu schädigen, als das einzige Motiv des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen.

Die Sowjetunion trifft Maßnahmen!

Moskau, 26. Mai. In Beantwortung von Anfragen anlässlich des Beschlusses der Regierung Großbritanniens über den Abbruch der englisch-sowjetrussischen Beziehungen erklärte Litwinow nach einer Weibung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion Vertretern der Sowjetpresse: Der Beschluß Englands ist als logischer Abschluß jener sowjetfeindlichen Politik zu betrachten, die die gegenwärtige konservative Regierung Englands seit dem Tage fährt, da sie ihre Wähler mit Hilfe von gefälschten Dokumenten betrogen und damit die Macht erlangt hatte. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen

kann nicht anders denn als eine forcierte Kriegsvoorbereitung angesehen werden.

Anlässlich der Rede Baldwin's unterliegt es keinem Zweifel, daß der Bruch nicht das Ergebnis des Ueberfalls auf die Arkos ist, sondern daß im Gegenteil der Ueberfall selbst als Vorbereitung des Bruchs ausgeführt wurde. Litwinow wies weiter die gegen die Handelsdelegation in London erhobenen Beschuldigungen der Spionage als böswillige Verleumdungen zurück und betonte: Der Ueberfall auf die Arkos hat diese Beschuldigung nicht als wahr erwiesen. Wenn die englische Polizei, wie Baldwin behauptet, gar die Namen der Angestellten der Handelsdelegation, die sich mit Spionage beschäftigten, kannte, weshalb giebt sie diese nicht zur Verantwortung und übergibt sie nicht dem Gericht? Sie tut dies nicht, weil keine derartigen Beweise vorliegen. Die Sowjetunion wird alle Maßnahmen treffen, um nicht abgerumpelt zu werden.

Erklärung des Innenministers im Unterhause.

London, 26. Mai. Zum Schluß der Debatte teilte der Minister des Innern, Johnson Pids, mit, er habe in seinem Besitz eine photographische Kopie des im Kriegsamte vermißten Dokumentes, die im Arkos-Gebäude hergestellt worden sei. Sowjetspione seien in allen militärischen Hauptorten tätig gewesen, besonders in Aldershot und Portsmouth. Er kenne die Namen und Adressen der meisten dieser Spione. Jetzt, da man der Spionagetätigkeit der Handelsdelegation klar auf die Spur gekommen sei, befinde sich die Regierung in der Lage, zu handeln.

Deutschland übernimmt den diplomatischen Schutz Rußlands.

Berlin, 27. Mai. Der Botschafter der Sozialistischen Sowjetunion, Krestinski, sprach heute im Auswärtigen Amt vor. um den Wunsch seiner Regierung zu übermitteln, daß die Reichsregierung, angesichts des Abbruchs der Beziehungen zwischen der britischen Regierung und der Sowjetunion, die deutsche Botschaft in London mit der Wahrnehmung der russischen Interessen betrauen möge. Die Reichsregierung entsprach dem Wunsche.

Beendigung des kanadisch-russischen Handelsabkommens.

Ottawa, 26. Mai. Die kanadische Regierung beschloß die Beendigung des 1921 unterzeichneten Handelsabkommens mit Rußland. Der Premierminister erklärte, es seien gewisse Bedingungen des Handelsabkommens verletzt worden, die von den Sowjets fordern, daß sie sich feindseliger Schritte oder Unternehmungen und offizieller Propaganda gegen die Einrichtungen des britischen Reiches außerhalb der Sowjetgrenzen enthalten.

Chinameldungen.

Schanghai, 25. Mai. Zehntausend Verwundete sind aus der Honankong in Hankau angekommen. Die Chinesen erklären, daß ihre Truppen in Honan vorrücken, jedoch fehlen Einzelheiten. Dagegen erklären in Peking die Anhänger der Nordregierung, daß der Vormarsch der Nordtruppen auf Hankau fort dauert, und daß General Genghuifang nach der Provinz Schansi zurückgeworfen worden ist.

Eröffnungssitzung des Weltverbandes der Völkerbundsligen.

Berlin, 26. Mai. Im Plenarsitzungsraum des Reichstages wurde heute mittag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung die erste Tagung des Weltverbandes der Völkerbundsligen durch den derzeitigen Präsidenten, Professor Klard, Paris, feierlich eröffnet. Der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff, begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in der er betonte, daß der Völkerbund seine große Aufgabe nur dann erfüllen könne, wenn in ihm eine völlige Gleichberechtigung aller Staaten bestehe, und wenn im Völkerbund die gleiche Gerechtigkeit gelte, sei es für große, sei es für kleine Staaten. Leider habe in Genf wenig Bereitschaft bestanden, an die Frage der Abrüstung heranzugehen, und es sei Aufgabe der Völkerbundsligen, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß abgerüstet wird.

Reichskanzler Dr. Brüning führte in seiner Rede u. a. aus: Darin, daß der Verband in diesem Jahre Deutschlands Hauptstadt als Tagungsort für seine Jahresversammlung erwählt hat, erblicke ich ein bedeutungsvolles Zeichen für den grundlegenden Wandel, der sich im Laufe der letzten Jahre in den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Nationen vollzogen hat. Diese erfreuliche Entwicklung war nur möglich durch die unter den schwierigen Verhältnissen deutscherseits begonnene und unter eben solchen Schwierigkeiten mit unerschütterlicher Konsequenz weiter verfolgte Politik der Verständigung, die uns von der Londoner Konferenz über Locarno nach Genf geführt hat. Ich kann Ihnen versichern, daß die Reichsregierung fest und entschlossen ist, die bisher verfolgte Linie weiter einzuhalten, und daß insbesondere über Mittel und Ziele unserer deutschen Außenpolitik zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und mir in allen Zeiten unseres Zusammenarbeitens wie auch jetzt vollste Übereinstimmung bestanden hat und besteht. Unsere Politik ist die der Verständigung, aufgebaut auf dem Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern und nicht auf der Macht von Kanonen und Bajonetten. Die Jugendlichkeit Deutschlands zum Völkerbund ist deshalb der beste und sicherste Weg zur Erreichung des Zieles der Völkerbundsligen und Befriedung der Welt, das wir anstreben. Im Völkerbund als dem Mittel wollen wir ebenso festhalten wie an dem Endziel der Verständigung. Der Entschluß, dem Völkerbund beizutreten, ist dem deutschen Volke nicht leicht geworden, und auch heute noch ist manche auf dem Völkerbund ruhende geschichtliche Belastung ein schweres Hemmnis in der Entwicklung zu einem Bund freier, gleichberechtigter Völker. Es ist für mich eine besondere Freude und Genugtuung, feststellen zu können, daß die Union der Völkerbundsligen an der Neugestaltung des Bundes einen hervorragenden Anteil gehabt hat.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende des Weltverbandes, Professor Klard, Frankreich, betonte, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei der einstimmige und beifällige Wunsch des Weltverbandes gewesen. Ohne den Völkerbund wäre das unglückliche Europa vielleicht schon wieder in die Schrecken eines Krieges zurückgefallen. Kriege zu verhindern und Kriegen vorzubeugen, dafür sollte der Völkerbund immer und überall bereit sein. Es gibt keinen wahrhaften und starken Frieden, außer durch die Verbundenheit der Völker durch den Völkerbund, der unmittelbar und offensichtlich handelt. Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes ist die der Erziehung. Der Bund kann nur leben, wenn man sein Bild den Seelen und den Herzen der jungen Generation und vor allem der Jugend näherbringt. Jeder Aufruf zum Haß und zum Egoismus muß aus den Hörsälen verdrängt werden, aus den Geschichtsbüchern gestrichen werden. Es handelt sich darum, die Nationen dahin zu führen, ihre Streitigkeiten auch durch einen Richter richten zu lassen und den Naturzustand in den Bernunftzustand zu führen. Die Nationen begreifen, daß ihre Souveränität begrenzt wird durch die Notwendigkeiten der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe. Als Präsident der Weltvereinigung ist es mir eine Ehrenpflicht, in dieser Hauptstadt, die eine der Hauptstädte des Friedens werden wird, das deutsche Volk zu begrüßen, dieses große arbeitssame Volk, das seinen Augen in dem Frieden sieht.

Masaryk wieder zum Staatspräsidenten gewählt.

Prag, 27. Mai. Mit der erforderlichen Dreifünftel-Mehrheit wurde Masaryk zum Staatspräsidenten gewählt. Anwesend waren 484 Abgeordnete und Senatoren. Auf Masaryk fielen 374 Stimmen.